

Die Umwälzung und die Burgerschaft

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde**

Band (Jahr): **35 (1973)**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Regierung von der Notwendigkeit geeigneter Reformen zu überzeugen.⁷⁶ Diese, im richtigen Zeitpunkt erfolgt, wären von der Burgerschaft sicherlich mit Genugtuung aufgenommen worden und hätten der burgerlichen Opposition die Schwungkraft genommen, womit die Revolution möglicherweise einen anderen Verlauf genommen hätte. Ihr Ausbleiben aber führte dazu, daß die Bürger zu Stadtliberalen wurden und sich 1830 dann mit dem Land gegen das Patriziat richteten.

III. Die Umwälzung und die Burgerschaft

1. Die Entwicklung zum 6. Dezember 1830

Trotz der latenten Unzufriedenheit großer Kreise der Bevölkerung Berns blieb in der Stadt nach außen hin alles ruhig. Noch 1828, als Bern die Dreihundertjahrfeier der Reformation beging, brauchte die Regierung keinerlei Störung der Feierlichkeiten zu befürchten, und es mußten keine Vorkehrungen zur Sicherung der Ordnung getroffen werden. Im Gegenteil, ein patrizischer Teilnehmer am Fest rühmt die «anstandsvolle Haltung der Bevölkerung»,⁷⁷ und kein Mißton trübte den Verlauf des Anlasses, bei welchem die patrizische Regierung in corpore zur öffentlichen Feier erschien. Noch wagte die Burgerschaft nicht, offen gegen die Regierung aufzutreten, die Opposition versteckte sich im Bürgerleist, und es brauchte vorerst einige äußere Einflüsse, damit sie sich ans Licht wagte.

Zur ersten Trübung der Ruhe in der Stadt kam es im Juli 1830. Am fünften des Monats war die außerordentliche Tagsatzung hier zusammengetreten. Der vielen liberalen Standesvertreter wegen stellte sie eine Gefahr für die Regierung dar, die denn auch bemüht war, die Verhandlungen um der eigenen innenpolitischen Sicherheit willen möglichst abzukürzen. Die Ängstlichkeit der vorörtlichen Regierung war nicht ganz unbegründet, wie ein Freischießen, das zur Feier der Tagsatzung von der eidgenössischen Schützengesellschaft organisiert wurde, zeigen sollte.⁷⁸ Aus der ganzen Schweiz zogen die Schützen nach Bern, doch wurden die Festlichkeiten bald getrübt. Schon zu Beginn des Anlasses hatten mehrere kantonale Abordnungen den Versuch der Regierung, eine rücksichtslose Zensur der Trinksprüche und Festlieder auszuüben, scharf kritisiert. Begeistert wurden von den Festteilnehmern die liberalen Reden des Zuger Landammannes Sidler beklatscht, während man den vorörtlichen Vorstand sehr kalt empfing. Als den Burgdorfern verboten wurde, ein Liedchen zu singen, das wegen eines unschuldigen Scherzes über die aus der Mode gekommenen Schweizerhosen den Unmut der Regierung erregt hatte,⁷⁹ war die Festgemeinde nahe daran, sich aufzulösen. Die Burgdorfer Sektion drohte, unterstützt von anderen Schützenschaften, Bern zu verlassen, und erst durch die Erklärung des Vorstandes, jede Einwirkung auf Rede und Gesang fortan zu unterlassen, konnte das Fest doch noch zu Ende

geführt werden, doch wurde während der Dauer des Schießens die vorörtliche Regierung in mehreren anonymen Briefen bedroht.

Hatte das Freischießen dem reformfreudigen Teil der Berner gezeigt, daß der neue Geist in der Schweiz wach war und daß die bernische Regierung wenig Freunde mehr besaß, so brachten bald Neuigkeiten aus Paris die Gewißheit, daß auch im benachbarten Ausland große, neue Dinge geschahen. Als am 29. Juli die Nachricht von den Ordonnanzen Karls X., die darauf abzielten, die unbequem gewordene liberale Mehrheit in der französischen Kammer zu beseitigen und die Wirkung der oppositionellen Presse zu lähmen, in Bern bekannt wurde, löste sie in der Stadt verschiedene Reaktionen aus.⁸⁰ Die politisch gemäßigten Bürger verfolgten die Entwicklung mit Besorgnis, während sich das Patriziat der Hoffnung hingab, der reaktionäre Schlag des Bourbonenkönigs werde auch seinen eigenen Interessen gegenüber den oppositionellen Kräften dienen. Die liberalen Kreise ihrerseits hofften, daß als Folge der Ordonnanzen in Paris mit einer liberalen Erhebung gerechnet werden könne. Als die Julirevolution dann eintrat, stellte sie den äußeren Anlaß dar, der die verborgenen Kräfte in Bern weckte. Wenn auch keine direkten Beziehungen zwischen den Revolutionären in Frankreich und den Liberalen in Bern nachzuweisen sind,⁸¹ so kam doch den Geschehnissen in Paris eine große Bedeutung zu, und die dortigen Erfolge der Liberalen wirkten anspornend auf die bernischen Reformfreunde. Noch mehr Eindruck als die Berichte über die Juliereignisse in Paris in den Zeitungen machten dabei die direkten Erzählungen der achthundert bis tausend bernischen Söldner, welche, in französischen Diensten gestanden, von der neuen Regierung Louis Philipps wegen ihrer Ergebenheit Karl X. gegenüber sogleich verabschiedet worden waren und nun, von allen Mitteln entblößt, in der Hauptstadt herumlungerten.

An diesen Söldnern sollte sich bald die Unfähigkeit des Patriziates zeigen, eine entschlossene Politik zu verfolgen. In drei politische Gruppen zerspalten, die von der äußersten Rechten über eine Mittelpartei bis zu einigen wenigen Befürwortern der liberalen Idee reichten,⁸² war das Patriziat voller Uneinigkeit, und im August 1830 zeigten sich seine schwachen Seiten deutlich. Schultheiß Fischer⁸³ hatte im Geheimen Rat den Antrag gestellt, die Söldner durch die Regierung als Schutztruppen gegen innere und äußere Gefahren anzuwerben, eine Maßnahme, die in liberalen Kreisen voller Argwohn zur Kenntnis genommen wurde, glich sie doch verdächtig einer Reaktion im Sinn der Juli-Ordonnanzen in Paris. Da zeigte sich, daß der Vorschlag auch im Schoß des Patriziats seine Gegner fand. Niklaus Rudolf von Wattenwyl bekämpfte den Antrag im Großen Rat, der in der Sache das letzte Wort zu sprechen hatte, und er wurde verworfen. In burgerlichen Kreisen war man des Lobes voll über die Rolle, die Wattenwyl gespielt hatte, während man sich über den Antrag Fischer «verdammt ärgerte».⁸⁴ Der ganze Handel zeigte, daß die Stimmung in Bern solch reaktionären Maßnahmen nicht gewogen war, was den liberalen Bürgern Auftrieb verschaffte. Er hatte aber auch die Uneinigkeit des Patriziats vor Augen geführt, und die Liberalen erkann-

ten bald, daß ein uneiniges Patriziat weit weniger gefährlich war als ein geeintes. So verlor es an Ansehen und an Macht.

Das Wissen um die Julirevolution allein genügte noch nicht, um die liberalen Kräfte im Kanton Bern zu offenen Aktionen zu reizen. Den entscheidenden Anstoß gaben erst die Geschehnisse, die sich im Gefolge der Juliereignisse in Paris in verschiedenen Kantonen der Schweiz abspielten.⁸⁵ Die revolutionären Bewegungen im Aargau und im Kanton Solothurn brachten die liberale Welle an die Grenzen des Kantons, und persönliche Kontakte mit einflußreichen Liberalen aus anderen Ständen stärkten den eigenen Willen.⁸⁶ Die im August einsetzende Pressekampagne außerkantonalen Zeitungen gegen die Berner Regierung schaffte Unsicherheit und ebnete den Boden für ein aktives Vorgehen der bernischen Liberalen.

In der Stadt Bern tauchten im August aufrührerische Maueranschläge auf.⁸⁷ Die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb ihre Urhebererschaft der Regierung selbst zu, die darin ein Mittel gesucht habe, die französischen Söldner doch noch unter die Waffen zu bringen.⁸⁸ Auf diese Verleumdung hin verbot die Regierung am 22. September den Vertrieb der Zeitung im ganzen Kanton.⁸⁹ Doch die liberale Bewegung war schon im Fluß.

Von Anfang an konnten verschiedene Zentren liberaler Tätigkeit unterschieden werden. Den wichtigsten Knotenpunkt bildete Burgdorf, das unter der Führung der Brüder Schnell Fäden über den ganzen Kanton hinweg spann, aber auch in anderen Munizipalstädten regten sich einflußreiche liberale Gruppen.⁹⁰ Für diese Männer war es wichtig zu wissen, daß ihre Sache auch in der Hauptstadt selbst, bei der Burgerschaft, Unterstützung fand, und die Tatsache, daß die Burgerschaft zum großen Teil einer Reform geneigt war,⁹¹ stärkte die Bewegung, bildete doch diese beachtliche oppositionelle Gruppe durch ihre Nähe für die Regierung eine nicht zu unterschätzende Steigerung der Unsicherheit.

Einigen Heißspornen der Hauptstadt gelang es denn auch, die Ruhe empfindlich zu stören. Es wurden nächtlicherweile Straßenlaternen zerschlagen,⁹² und vor dem Haus des Schultheißen von Wattenwyl⁹³ und in anderen Teilen der Stadt eine Reihe von Knallbüchsen zur Explosion gebracht.⁹⁴ Die Markttag wurden dazu benutzt, wilde Gerüchte unter der Landbevölkerung auszustreuen,⁹⁵ und einzelne Bürger reisten im Kanton umher, um die Leute mit den liberalen Ideen vertraut zu machen.⁹⁶ Die von der Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen, wie das am 15. Oktober erfolgte Verbot der «Appenzellerzeitung»,⁹⁷ waren ungeschickt und vermochten ohnehin nicht mehr, die Bewegung aufzuhalten.

Gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen suchte die Regierung den Kontakt mit den neuen Männern, die bei einigen Patriziern der Vermittlungsgruppe Unterstützung fanden, und es sah zunächst aus, als ob eine Zusammenarbeit gewünscht würde. Verschiedene Magistraten traten mit Bürgern ins Gespräch, doch auf ihre Frage nach den Maßnahmen, die man in den liberalen Kreisen Berns von der Regierung erwarte, erhielten sie Antworten, die zeigten, daß an ein Zusammengehen von Patriziat und Burgerschaft nur schwerlich zu denken war,

wenn es auch von beiden Seiten erhofft wurde. Fürsprecher Ludwig Bay⁹⁸ meinte, das Gewand müsse jetzt nicht bloß geflickt, sondern umgewendet werden,⁹⁹ und Karl Koch¹⁰⁰ war der Ansicht, es wäre das Beste, wenn die Regierung schleunigst eine Kommission einsetzte und das Land aufforderte, ihr seine Wünsche einzureichen.¹⁰¹

Die unsichere und hinauszögernde Haltung der Regierung, ihre ungeschickten Zensurmaßnahmen und das Verbot einer Versammlung in Burgdorf¹⁰² führten dazu, daß die Einstellung der Liberalen dem Patriziat gegenüber immer feindlicher wurde. Da in der Frage der Verfassungsreform in den Augen der Schnell keine Zusammenarbeit mit der Regierung möglich war, beschloß das Land, sein Ziel gegen ihren Willen zu erreichen, und von jetzt an wurde von Burgdorf aus der revolutionäre Weg eingeschlagen.

Die Liberalen des ganzen Kantons schlossen sich eng zusammen, die Aktionen wurden koordiniert und eine «Conspiration zur Erzweckung einer freisinnigen Verfassung» gebildet.¹⁰³ Am 3. Dezember reisten Vertrauensmänner von überall her nach Burgdorf, wo der Plan zum gemeinsamen Vorgehen gefaßt wurde. Das Patriziat blieb angesichts dieser revolutionären Wendung schwankend, es zögerte, die Unruhestifter zu verhaften und sah sich bald in die Defensive gedrängt.¹⁰⁴

In der Hauptstadt selbst wurde die Stimmung immer gedrückter. Die Regierung schwebte in beständiger Angst vor einem bewaffneten Marsch der Landbevölkerung nach Bern, waren doch in letzter Zeit entsprechende Gerüchte von Gewaltzügen im Umlauf.¹⁰⁵ Die Stadt stand mehr oder weniger ungeschützt da, einzig eine Stadtwache von 365 Mann sorgte für Ruhe und Ordnung. Daher beschloß die Regierung, Truppen aufzubieten, und diese gelangten in verschiedenen Abteilungen in die Stadt. Sie äußerten sich aber sogleich laut und deutlich dahin, daß sie sich niemals gegen Mitbürger gebrauchen lassen würden und konnten nur durch das Mittel eines doppelten Soldes vorläufig zum Schweigen gebracht werden.¹⁰⁶ Angesichts der unsicheren Haltung dieser vorwiegend aus Landbewohnern bestehenden Truppen beschloß der Kleine Rat am 4. Dezember, eine Bürgerwache zu bilden,¹⁰⁷ indem er sich von den Stadtbürgern, die die Wache bilden sollten, offenbar mehr Loyalität versprach. Schon am 29. November war eine Spezialkommission gebildet worden, bestehend aus den Patriziern Oberst Gatschet, Appellationsrichter Tillier und Hauptmann von Wattenwyl-von Ougsburger, sowie den beiden Burgern Oberstleutnant Franz Samuel Hahn¹⁰⁸ und Oberstleutnant Karl Friedrich Wäber,¹⁰⁹ welche die grundsätzliche Frage einer Bürgerwehr und deren Organisation zu prüfen hatte.¹¹⁰ Als die Bürgerwache dann anfangs Dezember aufgestellt wurde, war die Regierung so nachsichtig, daß sie den Gliedern der Bürgerwehr nicht nur die Wahl der Offiziere, sondern sogar die Festsetzung der zu übernehmenden Pflichten überließ. Von den zwei Kandidaten, dem Patrizier Oberst Gatschet und dem Bürger Oberstleutnant Hahn, wurde in der Folge der populäre Nichtpatrizier zum Leiter der Wache ge-

wählt, als dessen Stellvertreter der dem Patriziat sehr feindliche Burger Major Karl Emanuel Niklaus Risold¹¹¹ erkoren wurde.

So lag der Schutz der Regierung schließlich in den Händen einer Wache, die von zwei in der Burgerschaft überaus beliebten Gegnern des patrizischen Systems geführt wurde, und es war daher sehr fraglich, ob die 1500 Mann zählende Bürgerwehr im Ernstfall für die Aufrechterhaltung der bisherigen Ordnung zu gebrauchen gewesen wäre,¹¹² weshalb denn auch die ganze Einrichtung von einsichtsvollen Patriziern als zwecklos erkannt wurde.¹¹³

In ihrer bedrängten Lage tat die Regierung schließlich einen Schritt, den die Liberalen nicht erwartet hatten. In der Sitzung des Großen Rates vom 6. Dezember beschloß sie, dem Hauptwunsch der Liberalen nachzukommen und eine Standeskommission einzusetzen, welche die Wünsche zur Verfassungsänderung entgegennehmen sollte.¹¹⁴ Die elfgliedrige Kommission wurde sogleich gewählt und zählte bloß vier Patrizier, denen fünf Vertreter der Landschaft und zwei Burger,¹¹⁵ die Juristen Koch und Hahn,¹¹⁶ zur Seite standen. Nun war der Bann gebrochen. Die Regierung hatte Entgegenkommen gezeigt, und jetzt endlich durften die schon längst gehegten Wünsche und Vorschläge zu einer neuen Verfassung öffentlich formuliert werden. Sogleich ging man daran, die Bittschriften-sammlung zu organisieren, und die große politische Spannung, die in letzter Zeit beobachtet worden war, löste sich infolge des denkwürdigen Großratsbeschlusses.¹¹⁷

2. Die Bittschriften der Burger

Nach dem Beschluß des Großen Rates griff ein wahres Petitionsfieber um sich. Da das Gerücht umging, dem Beschluß der Regierung liege die Absicht zugrunde, recht viele und unvernünftige Wünsche zu provozieren, um damit die Unreife des Volkes beweisen zu können,¹¹⁸ versuchten die Führer der Bewegung, die Petitionen in die gewünschten Bahnen zu lenken. Die Burgdorfer verfaßten unter der Leitung von Hans und Karl Schnell ein «Schema zur Einreichung der Wünsche», das als «Burgdorferblättchen» bald große Verbreitung fand und vielerorts als Vorlage diente.¹¹⁹ In einem Druckblatt, das als «Wohlgemeinter Rath an das Bernervolk bey Einreichung seiner Wünsche an die Regierung» dienen sollte und Ende Dezember auch in den liberalen Zeitungen der Schweiz erschien, sorgte zudem Hans Schnell dafür, daß die in seiner Stadt erarbeitete Konzeption überall bekannt wurde.¹²⁰

Die Hauptforderungen der Burgdorfer können in sieben Punkten zusammengefaßt werden:

1. Gleichheit der politischen Rechte
2. Volkssouveränität
3. Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Regierungsstellen

4. Volksrepräsentation mit freien Wahlen
5. Gewaltentrennung
6. Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur
7. Petitionsrecht

Angesichts dieser weitreichenden Wünsche des Landes ist es von Interesse zu untersuchen, ob auch die Burgerschaft von der Erlaubnis der Einreichung von Wünschen profitierte und wie weit ihre Forderungen mit denen des Landes übereinstimmten.

In der Burgerschaft war wie auf dem Land der Wille, Wünsche zu äußern und der Regierung mitzuteilen, schon vor dem 6. Dezember wach. Da man die Regierung nicht vor den Kopf stoßen wollte, stellte sich einzig die Frage nach einem sinnvollen Vorgehen. Man beschloß, im Namen der Burgerschaft eine Eingabe auszuarbeiten, die man durch einige Vertrauensmänner im Großen Rat vorzubringen gedachte.

Unter der Redaktion Gotthelfs¹²¹ entstand in der Folge ein Anzug, der am 2. Dezember vollendet und anschließend in burgerlichen Kreisen — mit größter Wahrscheinlichkeit im Bürgerleist — herumgereicht wurde. 140 Bürger unterzeichneten die Bittschrift. Noch bevor man sich nach geeigneten Vertrauensmännern im Großen Rat umsehen konnte, rückte der 6. Dezember heran. Doch auch jetzt, nach dem denkwürdigen Beschluß der Regierung, stellte das Unterfangen der Bürger ein Wagnis dar, erklärte doch der Kleine Rat am 8. Dezember in einem Dekret alle «von mehreren Privaten . . . oder im Namen mehrerer eingereichter Bittschriften und Vorstellungen» für unzulässig und verbot «das Sammeln von Unterschriften für solche». ¹²² Möglicherweise war dem Kleinen Rat die Nachricht von dem unter den Bürgern zirkulierenden Antrag zu Ohren gekommen, und er wollte durch das Dekret das Unterfangen im Keime ersticken.

So mußten die Bürger ungeachtet der grundsätzlichen Erlaubnis von Bittschriften auch jetzt noch vorerst Vertrauensmänner finden, die bereit waren, mit ihrem Namen einzeln für den Antrag einzustehen. Nur auf diesem Wege konnten die Bürger ihre Wünsche vorbringen. Hoffte man vorerst, um der Aktion möglichst viel Gewicht zu geben, «einige Mitglieder des Großen Rats» ¹²³ für die Aufgabe zu gewinnen, so fanden sich schließlich nur zwei der wenigen im Rat sitzenden Bürger bereit, den Antrag vorzutragen, der Professor der Chirurgie David Rudolf Isenschmid ¹²⁴ und der Tuchnegotiant Rudolf Küpfer. ¹²⁵ Zu diesem Zweck wurde der Text der Urschrift vom 2. Dezember geringfügig abgeändert und mit den im Rat üblichen devoten An- und Schlußreden versehen. So, den neuen Verhältnissen angepaßt, wurde er von den zwei Bürgern in der Ratssitzung verlesen.

Welches war nun der Inhalt des burgerlichen Anzuges? ¹²⁶ Eingangs wird festgestellt, daß die liberale Bewegung nun auch den Kanton Bern erreicht habe und daß die meisten Angehörigen der «gebildeteren Klasse unserer Vaterstadt»

vom Bedürfnis zeitgemäßer Veränderungen einiger Teile der Verfassung überzeugt seien. Die angestrebte Umgestaltung werde von den Bürgern gewünscht «auf dem Wege ruhiger Prüfung mit obrigkeitlichem freiwilligem Entgegenkommen». Man sei weit davon entfernt, «in einer gänzlichen Umgestaltung der Dinge das künftige glückliche Schicksal unseres Landes finden zu wollen», man billige die «mitunter allzu aufbrausende Aufregung» des Volkes in einigen Kantonen nicht und bezwecke mit der Bittschrift, die Stimmung so zu beeinflussen, daß die allgemeine Ruhe nicht gefährdet werde. Man habe bisher geschwiegen, um die Ruhe im Land nicht zu stören, doch habe dieses Schweigen keinen Erfolg gehabt, und die Haltung der Regierung habe gezeigt, daß sie auf die Zuneigung der Bürger «keinen großen Wert» lege. Nun, da sich die Bürgerschaft äußere, wünsche sie, daß die Umgestaltung mit derjenigen Ruhe und Besonnenheit vorgenommen werde, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordere und daß sie einzig von der gesetzgebenden Behörde ausgehe. Die Bürger hofften, daß sich die Regierung baldmöglichst zu den Neuerungen äußere, um die «sich auch in unserem Kanton zeigenden und Gefahr drohenden Bewegungen» zu beschwichtigen.

Hierauf werden die «ehrerbietigen Wünsche» der Bürger, fünf an der Zahl, genannt:

1. Verbesserung der Wahlform für die Mitglieder des Großen Rates durch Abbau des Selbstergänzungsprinzips. Direkte Wahl eines Großteils des Großen Rates durch die Gesamtbürgerschaft. Vermeidung des Einflusses des Kleinen Rates bei den restlichen Wahlen in den Großen Rat durch Einführung geheimer Wahlen.
2. Ausschluß derjenigen Glieder aus dem Großen Rat, die nicht im Kanton ansässig sind oder im Sold einer fremden Macht stehen.¹²⁷
3. Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Stellen im Großen Rat und in den Behörden, Einführung der periodischen Erneuerung mit Möglichkeit der Wiederwahl.
4. Schaffung einer von der Kantonsregierung völlig unabhängigen Stadtregierung.
5. Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen und Petitionsrecht.

Die Eingabe der Bürger schließt mit der Hoffnung, daß es gelingen werde, «dasjenige Leben in unserem Freistaat wieder hervorzurufen, welches unsere Vorväter in ebenso schwierigen Verhältnissen gegen innen und außen stark machte».

Es blieb nicht bei dieser einen Bittschrift. Im Verlauf des Dezembers gelangten noch mehrere Anträge aus Kreisen der Bürgerschaft an die Standeskommission, indem vier weitere Bürger und zehn der dreizehn bürgerlichen Gesellschaften ebenfalls ihre Wünsche formulierten.¹²⁸ Dem Anzug Isenschmid-Küpfer

kommt indessen insofern die größte Bedeutung zu, als er den meisten anderen burgerlichen Bittschriften, die oft sogar den ungefähren Wortlaut übernahmen und nichts grundsätzlich Neues verlangen,¹²⁹ als Vorlage diente. Ein genaueres Eingehen auf die Eingabe der beiden burgerlichen Großräte ist also gerechtfertigt.

Die burgerliche Bittschrift erstaunt. Angesichts der vielfältigen und gewichtigen Wünsche des Landes, die zum großen Teil auf eine völlige Umwandlung der Dinge hinzielten und alle liberalen Forderungen der Zeit enthielten, nimmt sich die burgerliche Schrift in Ton und Inhalt überraschend gemäßigt aus, was Klötzli zu der nicht ganz zutreffenden Behauptung verleitet haben mag, «die nicht-patrizische Burgerschaft hüllte sich in Schweigen».¹³⁰

Die gemäßigten Forderungen des Anzuges erklären sich wohl zum Teil daraus, daß die Urschrift vor dem 6. Dezember verfaßt wurde, zu einer Zeit also, da man noch mit aller Vorsicht vorgehen mußte.¹³¹ Die Tatsache aber, daß der Anzug auch nach dem 6. Dezember kaum verändert wurde, um im Großen Rat vorgetragen zu werden, und daß die restlichen burgerlichen Bittschriften, die alle nach dem Großratsbeschluß verfaßt wurden, in ihren Forderungen nicht weiter gingen, scheint doch zu zeigen, daß der Anzug Isenschmid-Küpfer die Ansichten des Großteils der Burgerschaft widerspiegelt, und er kann nicht bloß als Ausdruck burgerlicher Diplomatie gelten. Wohl gab es auch in der Burgerschaft Männer, die weitergehenden Forderungen das Wort redeten. Der Redaktor der Flugschrift, Gotthelf, gehörte auch dazu und wird von patrizischer Seite als «einer der ärgsten Liberalen oder Radikalen» bezeichnet.¹³² Gerade die Tatsache aber, daß Bitzius eine so milde Bittschrift verfaßte, beweist, daß er unter dem Druck zahlreicher gemäßigter Bürger gestanden haben mußte, denn aus eigenem Antrieb hätte er der Schrift bestimmt eine andere Form gegeben.

Die Bittschrift zeigt, daß die Burgerschaft in ihrer Mehrheit einer Umgestaltung gewogen war. Sie dachte jedoch nicht an eine Revolution, sondern hoffte immer noch auf ein Entgegenkommen der Regierung, und sie wollte die Neuerungen auf dem Weg einer bloßen Reform erreichen. Sie unterstützte die revolutionären Bewegungen in den Nachbarkantonen nicht und sah die Gefahr, daß die liberale Bewegung breiteste Volksschichten erreichen könnte, was eine friedliche Lösung verunmöglichen würde. Sie befürchtete, ein Volksauflauf «könnte gerade hier manchen veranlassen, sich auf den Esel zu setzen und Blutvergießen notwendig zu machen».¹³³ In diesem Punkt ging sie mit den liberalen Führern der Landstädte einig. Auch diese fürchteten im Grunde eine Volksbewegung, und auch ein Hans Schnell war «gegen die Canaille, komme sie von oben oder von unten».¹³⁴

Im Gegensatz zum Land wünschten die Bürger nicht eine Totalrevision der Verfassung, sondern sie wollten nur diejenigen Punkte revidiert wissen, die ihnen ein besonderer Dorn im Auge waren. Sie wünschten eine angemessene Beteiligung an der Regierung, deren Selbstergänzungsprinzip sie tadelten. Sie wünschten aber auch die Schaffung einer unabhängigen Stadtregerung, Begeh-

ren, die, wie wir uns erinnern, die Bürger während der ganzen Restauration beschäftigten. Während die Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Stellen eine größere Beteiligung des Bürgers an den Regierungsgeschäften versprach, sollte die Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen eine Kontrolle der Regierungstätigkeit ermöglichen. Das Petitionsrecht endlich war für die Bürger, die bisher während Jahren niemandem ihre Unzufriedenheit klagen konnten, eine selbstverständliche Forderung.

Die Bittschrift wurde von der Regierung ziemlich ungnädig aufgenommen. Schultheiß Fischer erklärte den beiden burgerlichen Wortführern in einer Audienz, «daß nach langem Schweigen in einer ruhigen Zeit eine solche Äußerung in einer so bewegten, in der noch ganz Anderes (als die burgerlichen Wünsche) bezweckt werde, und da ohnehin diese verschiedenen Fragen in den Vordergrund getreten seien, zur Erreichung ihrer Zwecke nicht notwendig sei und für die Interessen der Stadt nicht förderlich sein werde». Die Bürger, so meinte Fischer abschließend, sollten nicht «enfoncez des portes ouvertes». ¹³⁵ Die Regierung ging also nicht auf die Bittschrift ein, doch gab sie das Schreiben an die Ständekommission weiter.

Obwohl in der Bittschrift Gegensätze zu den Bestrebungen der Landschaft zutage traten, war vorerst gemeinsames Vorgehen geboten. Es war für das Land wichtig zu wissen, daß auch in der Hauptstadt liberale Kräfte am Werk waren, und es lag im Bestreben der Bewegung, das Gemeinsame zu betonen. Es galt vor allem, der mißtrauischen Haltung des Landes der Stadt Bern gegenüber zu begegnen. So wurde denn beschlossen, das Land von der burgerlichen Bittschrift in Kenntnis zu setzen.

Gotthelf verfaßte einen Entwurf zu einer entsprechenden Flugschrift, aus dem erhellt, wie sehr sich die Bürger und besonders der Verfasser um das Wohlwollen der Landschaft bemühten. Sie boten ihr «zutruuensvoll zum ewigen Frieden die Hand» und gedachten, mit ihr «Hand in Hand zum guten Werk zu schreiten». ¹³⁶ Der Entwurf Gotthelfs wurde jedoch verworfen, da die darin zum Ausdruck kommende Kritik an den bisherigen Verhältnissen, die Betonung der Rechtlosigkeit, ja der Bevogtung der Bürgerschaft ¹³⁷ und die Ansicht, «daß nur dann das Wohl des Vaterlandes fest gegründet sei, wenn die Schranken zwischen Stadt und Land fallen, Stadt und Land die gleichen Wünsche hegen, gleiche Rechte besitzen», wohl allzusehr die persönliche Meinung des Verfassers widerspiegeln und gegen die Mäßigung verstießen, welche die Maßgebendsten unter der Bürgerschaft verlangt hatten.

Ein neuer Entwurf, wiederum aus der Feder Gotthelfs, in dem alles ausgemerzt wurde, was im ersten Anstoß erregt hatte, wurde gedruckt ¹³⁸ — der Zensur wegen außerhalb des Kantons — und zusammen mit der Bittschrift der 140 Bürger in Umlauf gesetzt. ¹³⁹ In dem einleitenden Bericht der Flugschrift scheint es, als ob sich der Verfasser bei den Gesinnungsfreunden in der Landschaft wegen der gemäßigten Form der Bittschrift entschuldigen wollte. ¹⁴⁰ Wie leicht konnte das Mißtrauen des Landes der Stadt gegenüber durch eine allzu servile Haltung

der Bürgerschaft gestärkt werden! Aus diesem Grunde war es wichtig, daß man die Landschaft von der ehrlichen Einstellung der Bürgerschaft überzeugte und betonte, daß «nur durch das Wegfallen jeder das Zutrauen hemmenden Schranke zwischen Stadt und Land»¹⁴¹ zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit geschritten werden könne. So hoffte die Bürgerschaft, das Vertrauen des Landes zu gewinnen.

Es kam nicht von ungefähr, daß Gotthelf von den Bürgern zum Redaktor der Bittschrift und der Proklamation an das Land auserkoren worden war. Nicht nur konnte er gewandt formulieren, er war auch von ganzem Herzen der liberalen Bewegung ergeben. Früh schon hatten ihn «die großen Zeitereignisse»¹⁴² in den Bann geschlagen. Im April 1826 lobt er wohl noch in einer Predigt, die Regierung sei «weise und klug, mutig und edel»,¹⁴³ doch bereits im Mai des folgenden Jahres bezeichnet er sich als «Kehrwisch der Oberen».¹⁴⁴ Dieser Gesinnungswechsel wurde, wenn nicht verursacht, so doch gefördert durch einen Konflikt mit dem patrizischen Oberamtman in Wangen, Rudolf Emanuel von Effinger, in der Frage eines Schulhausneubaus in Oberönz.¹⁴⁵ Als die Fehde eine unliebsame Bedeutung anzunehmen drohte, wurde der unbequeme Vikar zu Herzogenbuchsee von der Obrigkeit kurzerhand strafversetzt, und Gotthelf wirkte in der Folge seit dem Sommer 1830 als Vikar an der Heiliggeistkirche in Bern. In seinem Zusammenstoß mit dem Ultra Effinger hatte Gotthelf erfahren, «wie die Herren in Trab sich setzten, wenn ein armer Teufel zu hudeln ist»,¹⁴⁶ grobe Ungerechtigkeiten, die der Vater Gotthelfs durch das Patriziat erfahren hatte,¹⁴⁷ gelangten wieder ins Bewußtsein, und von jetzt an stellte sich der Geistliche «entschieden unter die freisinnige Fahne».¹⁴⁸ Er griff bald selbst in die Geschehnisse ein und verfaßte eine Propagandaschrift für das Oberamt Wangen, um die dortige Bevölkerung aufzurütteln und zur Teilnahme an der Volksbewegung zu begeistern.¹⁴⁹ Die zentrale Lage seines Zimmers an der Spitalgasse in Bern sowie seine zahlreichen Verbindungen machten den Korporal der Bürgerwache in den Anfängen der Umwälzung zu «einer Art Mittelpunkt»¹⁵⁰ der burgerlichen Bewegung. Von Liberalen und Patriziern eifrig besucht, erhielt er Nachrichten, gab solche weiter und wurde so zum wichtigen Verbindungsmann, der die Anliegen der Bürger gut kannte. Ihn zum burgerlichen Redaktor zu machen, lag auf der Hand.¹⁵¹

3. Die Entwicklung zum 13. Januar 1831

Trotz dem Entgegenkommen der Regierung in der Frage der Einreichung von Wünschen kam die liberale Bewegung nicht zum Stehen. Wohl sprachen eine Reihe von Bittschriften aus allen Teilen des Kantons der Regierung ihr Vertrauen und eindeutige Anerkennung aus¹⁵² und bewiesen damit, daß breite Volksschichten, gleich den Bürgern Berns, nicht an eine gewaltsame Umwälzung dachten. Die rührige Führerschicht aus den Munizipalstädten, allen voran Hans und Karl Schnell, wollte jedoch mit allen Mitteln zu ihrem Ziel gelangen. Die

extremen Kräfte schoben sich immer mehr in den Vordergrund, gemäßigte Liberale wurden verdrängt. Im «Volksfreund», dem in Solothurn erscheinenden Blatt der Burgdorfer, äußerten die Schnell ihre Ideen und flößten dem Volk ihm fremde Gedanken ein. Sie, sowie die uneinsichtigen Kreise des Patriziats, die Ultra, die auch nach dem 6. Dezember den Volkswillen niederschlagen versuchten, trugen die Schuld daran, daß es schließlich zur Revolution kam.¹⁵³

Noch im alten Jahr hatte die Regierung eine Schlappe erlitten. Sie hatte gehofft, daß die Tagsatzung sich zu einer Intervention bereit erklären werde. Sie sollte sich täuschen. Am 27. Dezember beschlossen die Stände, daß es jedem Kanton überlassen werde, Verfassungsänderungen vorzunehmen und daß dies den Rest der Eidgenossenschaft nichts angehe.¹⁵⁴ Nun fürchtete die Regierung erst recht einen Aufruhr des Volkes.

Inzwischen waren die eingegangenen Bittschriften gesichtet und geordnet worden, und am 7. Januar traten Kleiner Rat und Sechzehner zusammen, um den abschließenden Bericht der Standeskommission anzuhören. Dieser mußte die Bürger erfreuen, wurden doch ihre Begehren insgesamt von der Kommission unterstützt. Sie erklärte eine Verfassungsreform «für unerläßlich»,¹⁵⁵ ebenso ein Eingehen auf den Wunsch nach Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Stellen. Es wurde festgestellt, daß die Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen das Zutrauen nur erhöhen könne, und auch die Forderung nach einem Petitionsrecht wurde unterstützt. Der Einführung «eines ganz neuen Wahlsystems für die Hauptstadt und das Land»¹⁵⁶ wurde das Wort geredet, und die Sonderung der Stadtregierung Berns von der Kantonsregierung wurde befürwortet. Dagegen zeigte die Kommission kein Verständnis für die mehr theoretischen Forderungen des Landes; die Volkssouveränität wurde als «leeres Wort» und als «bloße Idee» abgetan,¹⁵⁷ Gewaltentrennung als «rein absurd» hingestellt.¹⁵⁸ Alles in allem war der Bericht der Standeskommission entgegenkommend, und die Bürger konnten nun doch wieder hoffen, daß die Umwälzung auf friedlichem Weg und durch die Regierung selbst erfolgen werde. Eine Proklamation der Regierung gab dem Volk bekannt, daß der große Rat am 13. Januar zu einer Sondersitzung zusammentreten werde, um eine neue Standeskommission zu wählen, deren Aufgabe es sein werde, die Verfassungsreform auszuarbeiten.

In Kreisen der Ultra wurde der reformfreundliche Bericht der Standeskommission schlecht aufgenommen,¹⁵⁹ und man erwog Gegenmaßnahmen. Da sich die Stadt zur selben Zeit durch gebildete Landsturmbataillone und das Gerücht eines Volksspaziergangs nach Bern in Gefahr fühlte, und da auf die Bürgerwache ohnehin kein rechter Verlaß war, entschlossen sich einige Patrizier zur Selbsthilfeaktion. Sie verpflichteten sich, aus den beschäftigungslosen Söldnern ein Freiwilligenkorps zu bilden.¹⁶⁰

Die Nachricht von diesen Werbungen — die ersten hatten am 5. Januar stattgefunden — wurde bald publik und löste sowohl auf dem Land als auch in der Burgerschaft Empörung aus. Die Bürger verurteilten die Werbungen und fürchteten, das Unternehmen könnte einem Marsch der Landbevölkerung auf die

Stadt Vorschub leisten. Die Bürgerwehr nahm eine der Regierung gegenüber immer drohendere Haltung ein, und die Studenten erwarteten ein Zeichen zum Aufbruch.¹⁶¹ Sie bildeten ein Freicorps und schlossen sich der Bürgerwache an.¹⁶² Die Stimmung in der Stadt in diesen Tagen wird durch das in patrizischen Kreisen zirkulierende Gerücht charakterisiert, der Stellvertreter des Kommandanten der Bürgerwache, der patrizierfeindliche Risold, sei im Besitz des Schwertes, mit dem Henzi 1749 geköpft worden sei, und er sei bereit, damit Rache zu nehmen.¹⁶³ Angesichts dieser feindlichen Haltung der Bevölkerung — die Befehlshaber der Bürgerwehr hatten erklärt, daß man sich nur mit der völligen Auflösung der geworbenen Söldnertruppen zufriedengeben werde¹⁶⁴ — suchte die Regierung ihr Gesicht zu wahren und distanzierte sich am 10. Januar in einer öffentlichen Proklamation von den privaten Werbungen, die sie gleichzeitig verbot. Trotzdem ging sie eines großen Teils ihres Ansehens, das sie in gemäßigten Kreisen wie der Burgerschaft noch besessen hatte, durch die Werbungen verlustig. Im August hatte die Regierung, wie wir uns erinnern, das Anwerben von Söldnern verboten, und nun waren doch Soldaten geworben worden. Die Liberalen, die allgemein hinter der Werbungsaktion die Regierung selbst vermuteten, vertraten daher die Ansicht, sie habe ihr Wort gebrochen.

Da beschlossen die Liberalen, nach dem Beispiel anderer Kantone einen Volkstag einzuberufen.¹⁶⁵ Die Idee zündete, und anstatt der erwarteten hundert Personen trafen am 10. Januar weit über tausend Männer aus allen Teilen des Kantons in Münsingen, dem Tagungsort, ein. Die Regierung, von den Ultra zur gewaltsamen Zerschlagung der Versammlung gedrängt, beschloß dank dem Einsatz des Schultheißen von Wattenwyl, nichts gegen die Zusammenkunft zu unternehmen, sie sandte vielmehr einige ihr gewogene Männer nach Münsingen, um die Liberalen dahin zu beeinflussen, keinen gewaltsamen Marsch auf die Stadt Bern zu unternehmen.

Die Leitung des Volkstages lag in den Händen der Schnell. Hans, der die einleitenden Worte sprach, verglich die Regierung mit einem Sperling, den man in der Hand halte und jeden Augenblick erdrücken könne, es aber aus Schonung nicht täte.¹⁶⁶ Das waren unfreundliche Worte, doch sie zeigten, daß die Liberalen vorerst noch eine abwartende Haltung einnahmen. Man erwartete nämlich stündlich einen Bericht der Regierung, von der man wußte, daß sie tagte und Dr. Hahn, den Führer der Bürgerwehr, als Boten ausersehen hatte,¹⁶⁷ die Nachricht vom Beschluß der Regierung in der Frage der Werbungen nach Münsingen zu tragen. Bevor man seine Worte gehört hatte, wollte man sich noch nicht festlegen. Da, wider alle Erwartungen, stand Karl Schnell auf und brachte das Wort «Verfassungsrat» in die Debatte. Dies gab dem Ganzen eine neue Wendung. An einen Verfassungsrat hatte niemand gedacht, und sogar der sehr liberale Karl Neuhaus rief bei der ersten Erwähnung eines Verfassungsrates aus: «C'est bien mauvais!»¹⁶⁸ Hans Schnell versuchte zuerst, diesen Begriff aus den Verhandlungen zu verbannen, doch einmal in die Diskussion geworfen, verteidigte Karl Schnell seinen Antrag geschickt und kam immer wieder auf diese Einrichtung zurück.

Als Hahn «in sichtbarer Erschöpfung durch die Eile, mit welcher er von Bern gekommen»,¹⁶⁹ zusammen mit seinem Begleiter, dem Bürger Karl Jakob Durheim¹⁷⁰ in Münsingen eintraf, kamen die beiden Boten bereits zu spät. Hahn überbrachte den Beschluß der Regierung, die Werbungen zu verbieten und verlas anschließend den Bericht der Standeskommission zur Verfassungsreform, worauf er empfahl, nun in aller Ruhe die drei Tage bis zur angesagten außerordentlichen Großratssitzung abzuwarten. Nach der Rede Hahns, des «berni-schen Lafayette»,¹⁷¹ antwortete Hans Schnell «in friedfertigen und versöhnenden Worten». ¹⁷² Karl fürchtete um seine Pläne. In «feindseliger, ja giftiger» Weise¹⁷³ kam er erneut auf den Verfassungsrat zu sprechen, und er brachte es schließlich fertig, daß sein Antrag von der Versammlung, wenn auch ohne Begeisterung, angenommen wurde. Die burgerlichen Boten der Regierung verließen nach einem «ziemlich heftigen Wortwechsel»¹⁷⁴ mit dem Antragsteller die Versammlung, die sich auflöste.

Die Burgerschaft und weite Kreise der Liberalen waren überrumpelt worden. Durch den Antrag Karl Schnells hatte die liberale Bewegung eine Wendung genommen, die von den Bürgern weder angestrebt noch gewünscht worden war. Wie die Bittschriften zeigten, hatten die burgerlichen Kreise eine Umwälzung immer bloß auf legalem Weg und mit Hilfe der Regierung gewollt. Nun, am Volkstag von Münsingen, hatten die extremen Kräfte der Liberalen den Sieg über die gemäßigten davongetragen, und die Burgerschaft war überspielt worden. Schon deutete sich ein Graben zwischen den Schnell und der Burgerschaft an, was später seine Konsequenzen haben sollte.

Der 13. Januar bestätigte die Befürchtungen der Bürger. Die denkwürdige Großratssitzung endete mit dem förmlichen Rücktritt der Regierung. In einer glänzenden und eindrucksvollen Rede beantragte Schultheiß Fischer, «um größeres Unheil zu verhindern, um eine letzte Pflicht also zu erfüllen»,¹⁷⁵ die Staatsgewalt niederzulegen, was mit 200 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Die Leitung der Staatsgeschäfte wollte man noch so lange weiterführen, bis vom Volk eine neue Regierung gebildet sein werde, und der Standeskommission wurde der Auftrag erteilt, für die Wahl eines Verfassungsrates die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Die Betroffenheit in der Burgerschaft über den Rücktritt war groß. Wohl hatte Fischers staatsmännisches Handeln einen blutigen Bürgerkrieg verhindert, was «une espèce de contentement général en ville» hervorrief,¹⁷⁶ doch der Beschluß der Regierung, zu weichen, war trotzdem für alle Bürger, die gehofft hatten, zusammen mit den Reformfreudigen unter den Patriziern eine neue Verfassung auszuarbeiten, eine arge Enttäuschung. Durch den Rücktritt der Regierung war das Übergewicht des Landes und der Leute wie die Schnell, das in Münsingen zum erstenmal offen zutage getreten war, bestätigt worden, was der gemäßigten Burgerschaft nicht paßte. Sie erkannte, daß die ländliche Oberschicht gesiegt hatte, und mußte befürchten, daß das zukünftige Verfassungswerk vor allem durch diese und nicht durch die Burgerschaft bestimmt werde.

4. Die Bürger und die neue Verfassung

a) Die Bürger im Verfassungsrat

Die Standeskommission machte sich sogleich daran, die Wahlen in den Verfassungsrat zu organisieren. Es wurde beschlossen, die Abgeordneten indirekt und nach dem Kopfzahlprinzip zu wählen, wobei pro 3000 Wähler ein Ratsmitglied erkoren wurde. Am 9. Februar war Wahltag, und das Ergebnis zeigte, daß das Bernervolk sieben Bürgern den Eintritt in den aus 111 Gliedern bestehenden Verfassungsrat ermöglicht hatte,¹⁷⁷ nämlich Dr. iur. Franz Samuel Hahn, Dr. iur. Karl Koch, Lehenkommissär Abraham Rudolf Wyss, Fürsprecher Johann Gottlieb Wyss, Jakob Andreas Blau, Forstmeister Albrecht Karl Ludwig Kasthofer und Karl Risold.¹⁷⁸

Am 28. Februar trat der Verfassungsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte zu seinem Präsidenten den liberalen Patrizier Karl Friedrich Tschanner,¹⁷⁹ während Lehenkommissär Wyss zum ersten deutschen Sekretär ernannt wurde. Zwei Tage darauf traf sich der Rat in der Heiliggeistkirche, wo der bürgerliche Pfarrer Johann Ludwig Samuel Lutz eine feierliche Predigt hielt, und nun konnten die Verhandlungen in Angriff genommen werden. Am 5. März wurde eine 19gliedrige Verfassungskommission gebildet, deren Aufgabe es war, das Verfassungsprojekt vorzubereiten. Sie zählte als Mitglieder unter anderen die vier Bürger Hahn, Koch, Kasthofer und Lehenkommissär Wyss. Koch wurde zu ihrem Präsidenten ernannt. Zusammen mit seinem bürgerlichen Kollegen Hahn kam er auch in den engeren Redaktionsausschuß und wurde mit der Entwerfung eines Verfassungsprojektes betraut.

In Koch fand der Verfassungsrat einen gewandten Redaktor. Während Jahren der begehrteste Anwalt des Kantons Bern,¹⁸⁰ hatte er in der Restauration zusammen mit Samuel Schnell das Gesetzbuch über gerichtliche Verfahren, Personenrecht und Sachrecht redigiert und sich so große Verdienste um die bernische Gesetzgebung erworben. Seine Tätigkeit in den helvetischen Behörden, der Consulta und dem Großen Rat der Restauration waren anerkannt, und mit Koch hatte die Bürgerschaft einen ihrer fähigsten Männer im Verfassungsrat, der in der Kommission «durch seine Präsidial-Leitung, sein Arsenal von Kenntnissen und seine durch Erfahrung bereicherten Lehren die trefflichsten Dienste» leistete.¹⁸¹

Am 18. März legte Koch einen Verfassungsentwurf vor, der nun Artikel für Artikel in der vorberatenden Kommission durchbesprochen wurde. Zuerst schien es, als ob die Beratungen ohne Mühe vonstatten gehen könnten, und die ersten Bestimmungen passierten praktisch oppositionslos. Bald einmal zerfiel jedoch die Einheit der Verfassungskommission, und es bildeten sich zwei Gruppen, die verschiedene politische Ziele verfolgten und sich deshalb unversöhnlich gegenübertraten. Auf der einen Seite standen Hans Schnell und mit ihm die liberale Kommissionsmehrheit,¹⁸² auf der anderen die vier Stadtbürger.¹⁸³ Die Gegensätze

zwischen Stadt und Land, latent längst schon vorhanden, brachen auf und traten offen zutage.

Die Differenzen wurden sichtbar, als es darum ging, Zahl, Wahl und Zusammensetzung des Großen Rates festzulegen. Der Verfassungsentwurf sah einen Großen Rat von 300 Mitgliedern vor, deren 250 durch indirekte Wahlen, die restlichen 50 jedoch durch Selbstergänzung gewählt werden sollten. Gegen dieses Projekt erhob das Land seinen Einspruch.

Was die Zahl des Großen Rates betraf, so waren sich Stadt und Land einig darin, daß die Landschaft nicht mehr als etwa 130 fähige Männer für den Rat stellen konnte. Trotzdem waren die Bürger für einen zahlreichen Großen Rat, indem sie hofften, damit einer großen Zahl von Stadtvertretern aus Bern die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Die städtische Gruppe war der Ansicht, «ohne Theilnahme einer bedeutenden Zahl von Einwohnern der Hauptstadt dürfte man nicht auf einen guten Gang der Geschäfte hoffen». ¹⁸⁴ Die Kulturstufe der Stadtbürger von Bern gebe diesen «zwar keine besonderen Ansprüche an den Staat, aber dem Staate ein besonderes Interesse». ¹⁸⁵ Eine Rückkehr zur Familienaristokratie sei nicht zu befürchten, doch müsse dafür gesorgt werden, daß nicht eine ebenso schädliche Aristokratie der Reichen auf dem Lande an die Stelle trete oder sogar «die ungebildete Menge das Übergewicht über den gebildeten Teil des Volkes erhalte». ¹⁸⁶ Koch ging so weit zu behaupten, «daß er die Verfassung zum voraus für ein todtgebornes Kind ansehe, wenn der Große Rath zu klein bestimmt werde», ¹⁸⁷ eine kleine Zahl entferne aus dem Rat die fähigen Leute, die zum größten Teil in der Hauptstadt zu finden seien.

Die Bürger drangen nicht durch. Das Land fürchtete allzusehr ein Überwiegen des städtischen Elements, und in der Abstimmung wurden mit vierzehn zu drei Stimmen dem Großrat bloß 200 Mitglieder zugestanden. ¹⁸⁸

In der nächsten Sitzung wurde die Frage der Selbstergänzung besprochen. Koch redete einer bedeutenden Zahl von durch Selbstergänzung gewählten Großräten das Wort. Erneut betonte er die geringe politische Bildung der Landschaft. Er meinte, es sei anzunehmen, daß durch die Volkswahlen nur Landbewohner in den Rat gewählt würden, und so wäre es heilsam, durch Selbstergänzungswahlen fähigen Einwohnern der Hauptstadt den Eintritt in die Behörde zu ermöglichen. ¹⁸⁹ Als Größenordnung schlug Koch, da der Rat anstelle von 300 bloß 200 Mitglieder zählen werde, deren 60 zur Selbstergänzung vor.

Die übrigen burgerlichen Kommissionsmitglieder unterstützten die Ansichten Kochs und warben ebenfalls für eine bedeutende Selbstergänzung. Sie stellten fest, daß die durch Selbstergänzung gewählten Großräte «ein System der Stätigkeit» ¹⁹⁰ in die Behörde bringen würden. Das Volk wähle von den Leuten in der Hauptstadt nämlich nicht die besten, da es diese gar nicht kenne. Es wähle vielmehr «Ehrgeizige, Intriguanten, Volksschmeichler, Dämagogen», ¹⁹¹ und so sei als Ausgleich die Selbstergänzung zu begrüßen. Überhaupt sei ein «plötzlicher Übergang von entschiedener Aristokratie zu schroffer Demokratie» ¹⁹² gefährlich und vom Volk, das in den meisten Dezemberbittschriften der Stadt Bern ohne

weiteres einen Drittel der Mitglieder des Großen Rates zugesprochen habe, gar nicht gewünscht worden. Eine allzu demokratische Verfassung wäre schon deshalb ungeschickt, weil sie von einer Reihe der besten Köpfe der Hauptstadt, die ihrem Wesen nach gemäßigt seien, nicht gebilligt würde und diese sich nicht in den Großen Rat wählen ließen. So müßte allein die Landschaft regieren und ginge dabei zugrunde.

Die Bürger kämpften auf verlorenem Posten. Die Liberalen der Landschaft hielten ihrer Argumentation entgegen, «das ächt demokratische Prinzip verwerfe alle Selbstergänzungswahlen»,¹⁹³ und das Selbstergänzungsprinzip entwickle im Großen Rat einen Korporationsgeist, der völlig unerwünscht sei, da die Behörde einzig vom Volksgeist erfüllt sein solle. Watt entlarvte die Absichten der Bürger, indem er betonte, die Ansicht, durch Selbstergänzung würden einer Reihe der Besten der Eintritt in den Großen Rat ermöglicht, sei nur ein Vorwand. Im Grunde gehe es den burgerlichen Kommissionsmitgliedern einzig darum, die fraglichen sechzig Wahlen der Hauptstadt zuzuführen.

In der anschließenden Abstimmung enthielten sich Hahn und Wyss der Stimme, erbost über die mangelnde Unterstützung in der Kommission, und dem Großen Rat wurde nur eine Selbstergänzung von 20 Mitgliedern zuerkannt.

Eine weitere Niederlage erlitten die Bürger in der Frage der Besoldung der zukünftigen Großräte. Der Verfassungsentwurf sah vor, den Mitgliedern des Rates kein Gehalt auszurichten. Die Bürger unterstützten den Entwurfsantrag und waren der Meinung, die Mitglieder des Rates sollten mit dem guten Beispiel vorangehen und dem Vaterland Opfer bringen. Nur eine unentgeltliche Bekleidung der Ratsstellen sichere der Behörde «Unabhängigkeit und Würde».¹⁹⁴ Die Abgeordneten des Landes waren anderer Meinung. Sie erklärten, daß bei dem Verzicht auf eine Entschädigung die minder wohlhabenden Kreise, die nicht in der Nähe der Hauptstadt wohnten, benachteiligt würden und auf eine Teilnahme im Großen Rat verzichten müßten, und die Kommission beschloß in der Abstimmung, in der sich Hahn der Stimme enthielt, den Ratsmitgliedern eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Vergeblich jammerte in einer Einsendung an den Verfassungsrat ein Unbekannter, der den Ansichten der Bürger nahestand, im Zusammenhang mit der Frage der Besoldung des Großen Rates: «Bernerisches Volk traure! Du hofftest durch Deine Abgeordneten eine Verjüngung Deines gealterten Freistaates zu neuem Leben, zu neuer Freiheit und Kraft zu gründen! — Aber wie eine Lampe, wenn das nährende Öl ihr gebricht, noch einmal aufflackert und dann erlöscht, — so scheint auch Dein Vaterland ersterben zu wollen — so muß es erlöschen, wenn das Hochgefühl ächt republikanischer Würde und Größe also vertrocknet.»¹⁹⁵ Das Land hatte, einmal mehr, einen Sieg über die Stadt erfochten.

In der gleichen Kommissionssitzung kam ein weiterer Punkt zur Sprache, der zu Differenzen führte. Koch hatte in der Meinung, «besser ist es, das Alte beizubehalten, wo keine Gründe dagegen vorhanden sind, als etwas ungewohntes Neues einzuführen»,¹⁹⁶ für die Benennung des Präsidenten des Großen Rates die

Bezeichnung «Schultheiß» vorgesehen. Diesen Vorschlag verwarf das Land als nicht am Platz. Der Name «Schultheiß» bezeichne das Oberhaupt einer Stadt, die Bezeichnung «Landammann» sei passender und volkstümlicher. In der Abstimmung siegte, wie bisher, das Land.

Die fortwährenden Niederlagen in der Verfassungskommission bewogen drei der vier Bürger zu einem gewichtigen Schritt. Die Herren Koch, Hahn und A. R. Wyss beschlossen, ihren Austritt aus der vorberatenden Kommission zu nehmen. In einer Eingabe an den Verfassungsrat, die auch in den bernischen Zeitungen, der «Allgemeinen Schweizerzeitung» und dem «Berners Volksfreund», veröffentlicht wurde, gaben sie am 11. April diesen Entschluß und ihre Gründe dafür bekannt. Die Bürger, die ihrer Kritik freien Lauf ließen, meinten in dem Schreiben: «Wir halten die Grundlagen (den Großen Rat betreffend) für so fehlerhaft, daß wir keine Wahrscheinlichkeit der Rettung einer so begründeten Staats-Verfassung einzusehen vermögen, und daß wir uns mit keiner Verantwortlichkeit beladen wollen, welche der Umsturz oder das Erstreben einer solchen Verfassung über unser unglückliches Vaterland bringen müßte. (Wir werden) alles mögliche anwenden, diese verderblichen Grundlagen und das auf dieselben aufgeführte Gebäude dereinst vor dem Verfassungs-Rathe zu bekämpfen.»¹⁹⁷ Das waren deutliche Worte, die zeigten, wie groß die Kluft zwischen Landschaft und Bürgern geworden war.

Welches waren nun grundsätzlich die Vorstellungen, die die Bürger von den neuen Verhältnissen und der neuen Verfassung hatten? Allem voran hatten sie sich vorgestellt, eine «Verbesserung der wesentlichen Mängel»¹⁹⁸ der alten Verfassung herbeizuführen. Sie wünschten keine reine Demokratie. Diese war ihnen verdächtig, und sie fürchteten deren Ausartung in eine «Pöbelherrschaft».¹⁹⁹ Sie wollten wohl die alte Geburtsaristokratie beseitigen, doch an ihre Stelle sollte eine neue Aristokratie, ein Regiment der Bildung, der Besten, treten, in dem die Bürger eine entscheidende Rolle zu spielen gedachten. Der Große Rat sollte so beschaffen sein, daß er die Gewißheit bot, «nur durch Fähige und Rechtschaffene, und nur gut regiert zu werden».²⁰⁰ Er war nicht als Vertretung des ganzen Volkes, sondern vielmehr bloß seiner Intelligenz gedacht, «denn nur dann sind alle Staatsbürger vertreten, wenn womöglich die besten unter ihnen ausgesucht werden».²⁰¹ Da zu jener Zeit Bildung eng mit Reichtum zusammenhing und vor allem der Begüterte in ihren Besitz gelangen konnte, versuchten die Bürger, die Menge des Volkes, «die, ohne wahres Interesse für das allgemeine Wohl sich zum Werkzeug der Intrigue gebrauchen läßt»,²⁰² vom aktiven Wahlrecht durch Zensus auszuschalten und durch indirektes Wahlverfahren nur begüterte Männer mit der Wahl des Großen Rates zu betreuen.

Die Stadt Bern mit ihrem «natürlichen, alle Constitutionen überlebenden, nicht zu unterdrückenden Vorrechte der Bildung, der Tugend, der Erfahrung, der Geschäftsgewandtheit, des auf geleisteten Diensten der Vorfahren beruhenden historischen Namens»²⁰³ sollte auch in Zukunft privilegiert sein. Als Hort der Kultur sollte sie — zusammen mit den anderen Städten des Kantons — im Gro-

Ben Rat das Übergewicht erlangen und über das Land gestellt werden, von dem die Bürger der Ansicht waren, daß es «die politische Bildung, die Fähigkeiten, die zum Regieren erforderlich sind, nur in geringem Maße»²⁰⁴ besitze. Aus diesem Grund wünschten die Bürger einen möglichst zahlreichen Großen Rat, deshalb verwarfen sie für die Wahlen das reine Kopffzahlprinzip und unterstützten das Korporationsprinzip sowie eine beträchtliche Selbstergänzung des Rates. Daher auch verwarfen sie eine Besoldung des Großen Rates. Eine Behörde, die vorwiegend aus einer städtischen Bildungselite bestehen sollte, durfte kein Gehalt erwarten. Wer regierte, hatte Opfer zu bringen, die durch die Ehre des hohen Amtes gerechtfertigt waren.

Der Austritt der drei Bürger aus der Verfassungskommission wurde, da in der Stadt Bern just großer Markttag war, sogleich publik und verursachte großes Aufsehen.²⁰⁵ Während die Reformfreunde die Entzweiung aufrichtig bedauerten und um den Fortgang der Verhandlungen bangten, hofften die Feinde der Verfassung und der liberalen Bewegung, der Schritt der Bürger werde zu vollkommener Verwirrung führen. Die Liberalen versuchten die Wogen zu glätten. Wohl tadelten sie im «Berner Volksfreund» den «Geist des Aristokratismus»²⁰⁶ der Ausgetretenen, doch lobten sie zugleich ihren Charakter, «der sich jederzeit bewährt hat», und betrachteten die Bürger nach wie vor als «saubere, liberale Bürger».²⁰⁷

Wer geglaubt hatte, der Austritt der drei würde die weiteren Verhandlungen empfindlich stören, sah sich getäuscht. Wohl bedauerte die Verfassungskommission den Schritt «der drei einsichtsvollen Glieder»²⁰⁸ sehr, doch sie ließ sich durch ihn nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Ratsherr von Lerber übernahm an Stelle Kochs das Präsidium, und die Verhandlungen wurden weitergeführt, so daß das Verfassungsprojekt bis zum Beginn des Monats Mai durchbesprochen werden konnte.

Der Rücktritt der drei Bürger und insbesondere Kochs muß bedauert werden, und er war ein Fehler. Durch diesen Schritt wurde die Kluft zwischen den Liberalen und den gemäßigten Bürgern, zwischen Stadt und Land vertieft, ohne daß damit etwas gewonnen worden wäre. Der Einfluß der bürgerlichen Partei schwand noch mehr, und die Liberalen standen allem, was aus der Hauptstadt kam, von nun an erst recht skeptisch gegenüber. Zudem verlor die Verfassungskommission drei fähige Juristen und vor allem einen sehr gewandten Präsidenten, was dem Verfassungswerk nicht unbedingt förderlich war. Daß der Schritt der drei Gemäßigten ein Fehler war, wurde selbst in einsichtsvollen Kreisen der Bürgerschaft erkannt, und es gab Stimmen, die zu bedenken gaben, daß, wer in einer beratenden Kommission sitze, sich der Mehrheit zu beugen habe, denn wenn jeder, dessen Meinung unterlag, seinen Austritt nehmen wollte, so bliebe bis zuletzt überhaupt niemand mehr übrig. Zudem wurde erfaßt, daß «cette résolution peut amener une division dans le pays».²⁰⁹

Übrigens sollte es, wenn auch spät, zu einem versöhnlichen Wiedereintritt der drei Bürger in die Verfassungskommission kommen. Nachdem der Verfassungs-

entwurf an den Verfassungsrat weitergeleitet worden war und sich die Kommission mit der Abfassung der vom Rat zurückgewiesenen Artikel des Entwurfes und mit der Vorberatung der organischen Gesetze befaßte, wurden Koch und seine zwei Mitbürger eingeladen, ihre Plätze wieder einzunehmen, was am 5. Mai auch geschah.²¹⁰ Wenigstens ein Teil der allgemeinen Spannung konnte so gelöst werden.

Als im Plenum des Verfassungsrates die einzelnen Artikel des Verfassungsentwurfes durchbesprochen wurden, prallten die Meinungen erneut hart aufeinander. Einer nach dem andern erhoben sich Burger und Patrizier, um in den Debatten vom 31. Mai und 1. Juni einer besonderen Berücksichtigung der Stadt Bern in der Frage der Vertretung im Großen Rat das Wort zu reden. Hahn meinte, von diesem Beschluß hänge «Ruhe und Ordnung, oder Anarchie und Auflösung ab»,²¹¹ Bern müsse unter allen Umständen «den Kern der Repräsentation aus allgemeinen Gründen und wegen dem Gang der Geschäfte erhalten»,²¹² und Kasthofer hielt eine lange Rede, in der er für eine bevorzugte Stellung der Hauptstadt plädierte.²¹³ Die Liberalen zeigten sich jedoch unnachgiebig und meinten, «die Hauptstadt werde immer großen Einfluß auf die Regierung erhalten, auch wenn sie wenige Vertreter besitze, man müsse diese also nicht durch zu große Mitgliederzahl vermehren». ²¹⁴ Überhaupt bestehe die Gefahr, eine zu große Vertretung der Stadt Bern könnte «eine kompakte Masse» bilden, «welche in allem zusammenhielte, das Land zu theilen suchte, und zu vielen Einfluß erhielte». ²¹⁵ Die Liberalen hielten also unverrückbar am Prinzip der Gleichheit fest, und die Zahl des Großen Rates wurde schließlich auf 240, die der Selbstergänzung auf 40 Glieder festgelegt. Ja, die Liberalen gingen unter Hans Schnell sogar so weit, die Rechte der Stadt Bern empfindlich einzuschränken und so gegen die demokratischen Prinzipien zu verstoßen, wie Paragraph 43 der Verfassung zeigt.²¹⁶ Ein für allemal wollten sie den Einfluß von Burgern und Patriziern ausschließen und sichergehen, daß keine neue Stadtaristokratie entstehen konnte.

An die Stelle einer städtischen trat eine ländliche Aristokratie, und die Verfassung zeigte daher schließlich trotz allem noch viele traditionelle Züge. Obwohl an gewissen demokratischen Staatsprinzipien festgehalten wurde, enthielt sie nur wenige Volksrechte. Nicht das Volk regierte den neuen Staat, sondern vielmehr der Große Rat, dem es seine Macht übertrug und in dem dank dem Wahlverfahren die ländliche Mittelschicht die Mehrheit bildete. Gewaltentrennung war nur mangelhaft vorhanden, die Exekutive bestand aus einem 17 Mitglieder zählenden Regierungsrat, die Sitz und Stimme im Großen Rat besaßen. In der Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land hatte letzteres gesiegt, und so herrschte fortan im Großen Rat, der de facto übergeordneten Behörde, das Land, das heißt die Schnell und ihr Anhang. Durch den Wahlmodus in den Großen Rat an einer entscheidenden Teilnahme gehindert, mußten die Burger das Zepter der neuen Elite, der ländlichen Mittelschicht überlassen. Diese hatte,

in ihrer alten Abneigung gegen die Hauptstadt, die Burger überspielt, deren Unglück es war, in den gleichen Mauern wie das Patriziat zu wohnen.

b) Die Ablehnenden und die Annehmenden

Auch wenn die meisten Burger eine Staatsumwälzung befürworteten, so fehlte es doch nicht an Stimmen aus burgerlichen Kreisen, die der liberalen Bewegung ablehnend, einer neuen Verfassung feindlich gegenüberstanden. Waren sie auch nicht besonders zahlreich, so gehören sie doch mit zum Bild, das man sich von der Haltung der Burgerschaft zu machen hat.

Als einer der eifrigsten erhob der Liederdichter und Pfarrer Gottlieb Jakob Kuhn (1775—1849) in Burgdorf das Wort. Als Sohn eines obrigkeitlichen Weibels am Rathaus in Bern geboren, teilte er «die aufrichtige Achtung und Treue der Obrigkeit»²¹⁷ gegenüber, durch die sich schon der Vater ausgezeichnet hatte, der alle Jahre einmal mit seinen Kindern durch sämtliche Räume des Rathauses ging und dabei mit großer Ehrerbietung von der Regierung sprach. Kuhn hatte die Revolution von 1798 als Hauslehrer des Landvogts von Trachselwald erlebt, mit dessen Familie er vor plündernden Bauern nach Bern flüchten mußte. Die Umwälzung mit dem Einbruch der französischen Truppen in die Schweiz, der Ausplünderung des Landes und der Wegführung des Staatsschatzes erfüllte ihn mit großem Zorn gegen Franzosen, unbotmäßige Bauern und Demokraten, der zu einer langen Krankheit führte.²¹⁸ Seither war er allen Revolutionen abhold und konnte deshalb auch der liberalen Bewegung keine Sympathie abgewinnen, sah in ihr vielmehr bloß «Zügellosigkeit und Unsittlichkeit».²¹⁹ Von der Mündigkeit des Volkes, mit dem er als Pfarrherr in engem Kontakt stand, hielt er nichts, und angesichts der politischen Entwicklung entschloß er sich denn bald, mit einer Schrift vor das Volk zu treten. Unter dem Titel «Mein Volk! Deine Leiter verführen dich!» äußerte er 1831 in beschwörendem Ton seine Auffassungen. «Es geht ein trüber Geist durch unser Land. Ein Geist des Mißtrauens, der Eifersucht, der Unzufriedenheit, der Unruhe.»²²⁰ Friedlich habe das Volk in seinen glücklichen Dörfern gelebt, und nur die «Gebildeten, . . . die Unzufriedenen» hätten es aufgestachelt. Kuhn ist des Lobes voll über die bisherige Regierung, die Kleinheit der Abgaben, die Freiheit des Gewerbes, den Stand des Schul- und Armenwesens. Die Mängel der Verfassung seien, so meint er, durch «edle und großzügige Verwaltung»²²¹ wettgemacht worden, und die vielgeschmähte Zensur sei ein Schutz «vor Vergiftung der Leute» gewesen.²²²

In die gleiche Kerbe hieb Kuhn bald darauf in einer zweiten Schrift, betitelt «Vater! Vergib ihnen! Sie wissen nicht, was sie thun!» Auch hier wetterte er gegen den «Geist der Lüge, der Verblendung und des Verbrechens»,²²³ gegen «Unruhe, Zwietracht, Auflösung, Zerstörung».²²⁴ Blind gegenüber den Forderungen des Zeitgeistes, ergab er sich völlig der Reaktion.

Die Liberalen blieben Kuhn die Antwort nicht schuldig. Karl Schnell griff ihn in seiner Schrift «Hüte Dich, o Volk! Vor den Wölfen im Schafspelz» scharf

an und verdamnte darin «Junkernherrschaft und Jesuiten»,²²⁵ «Allein-Seligmacher»²²⁶ und «knechtische Unterwürfigkeit».²²⁷ Auch die reformfreudigen Bürgerkreise verurteilten Kuhns Äußerungen, und Karl Kasthofer erteilte ihm in einer Schrift eine «christliche Antwort»,²²⁸ die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Durch diese Reaktionen und weitere persönliche Angriffe²²⁹ etwas eingeschüchtert, zog sich Kuhn aus der öffentlichen Politik zurück und beschränkte sich fortan darauf, von der Kanzel herab freimütig seine Gedanken zu verbreiten. Obwohl er damit den Liberalen auch weiterhin ein Dorn im Auge war, wurde er als Prediger in Burgdorf mehrheitlich geschätzt, und als die politischen Wogen sich etwas legten, verbesserte sich sein Verhältnis auch zu den liberalen Gliedern seiner Gemeinde, wobei Kuhn schließlich sogar mit Professor Hans Schnell, der seit 1834 wieder in Burgdorf lebte, verkehrte.²³⁰

Kuhn war nicht der einzige burgerliche Pfarrer, der gegen die neue Verfassung und die liberale Idee eingestellt war. Gerade unter den Pfarrherren, von denen ein guter Teil aus Burgern bestand, gab es viele, die den alten Zuständen und der patrizischen Obrigkeit zugetan waren, aus diesem Grund die neue Bewegung nicht billigten und sich von der Kanzel herab gegen sie wandten. Wohl am bekanntesten unter ihnen wurde neben Kuhn der Bürger Gottlieb Samuel Lauterburg, Pfarrer zu Walperswil,²³¹ der in den Augen der Liberalen besonders «dumm manöviert».²³²

Am 24. Mai 1831 beriet der Verfassungsrat über die Frage, ob Geistliche in den Großen Rat gewählt werden sollten oder nicht. Im Verlaufe der Debatte, die mit dem Ausschluß der Geistlichkeit endete, ergriff auch Kasthofer das Wort. In seiner Rede, in welcher er für die Wahlfähigkeit von Geistlichen plädierte, entschuldigte er auch alle diejenigen Pfarrherren, die der Staatsumwälzung feindlich gegenüberstanden, damit, «daß ihr Amt ein Amt des Friedens und der Ruhe und Ordnung sei, und daß ihre Anhänglichkeit an die bestehende Regierung natürlichen Rücksichten der Anerkennung und Dankbarkeit zugeschrieben werden müsse».²³³

Daraufhin griff Pfarrer Lauterburg zur Feder und gab ein Schreiben an die «Allgemeine Schweizerzeitung»²³⁴ ein, das am 6. Juni erschien. Darin tadelt er Kasthofer, weil dieser die der Verfassung feindlichen Geistlichen entschuldigt habe und gibt seiner Ansicht Ausdruck, «daß nur Derjenige entschuldigt zu werden bedarf, der wirkliche Schuld auf sich hat».²³⁵ Er, Lauterburg, der glaube, die Ansicht der Mehrzahl seiner Amtsbrüder auszusprechen, sei in seiner Treue zur bestehenden Regierung weit davon entfernt, Schuld zu empfinden, im Gegenteil, er würde sich die größte Schuld aufladen, wenn er einer Staatsreform huldigte, «die auf Meineid und Verbrechen sich gründet».²³⁶

Auf diesen ungeheuerlichen Vorwurf konnten die Reformfreunde natürlich nicht schweigen. Im «Berner Volksfreund» erschienen mehrere Antworten an Lauterburg. Ein «Bürger von Bern und Laie» richtete zwölf Fragen an den Pfarrer, die er mit den Worten beschloß: «Der Handschuh ist geworfen! — getrauen

Ihro Wohlerwürden ihn aufzuheben?»²³⁷ Auch Gotthelf veröffentlichte im «Volksfreund» eine Replik, in der er Kasthofer «den innigen Dank unseres ganzen Standes für seine Rede und unsere persönliche Hochachtung»²³⁸ zollte und die Ansichten Lauterburgs scharf von sich wies. Ein wahrer Federkrieg entspann sich. Lauterburg antwortete auf die Eingaben im «Volksfreund», er begehre nicht, mit «Gassenbuben zu kämpfen»,²³⁹ worauf Gotthelf in einem neuen Artikel die Affäre beschloß mit der lapidaren Feststellung: «Lasset uns ihm vergeben, denn er weiß nicht, was er tut.»²⁴⁰

Neben den streitbaren Pfarrherren gab es vereinzelt auch andere Bürger, die offen gegen die neue Verfassung eintraten. Im Monat Juni, als das Patriziat seinen gegen das Verfassungswerk gerichteten Propagandafeldzug begann,²⁴¹ verfaßten 41 «Mitbürger und Einwohner» von Bern eine Petition an die bestehende Regierung, in welcher sie diese baten, einen Verfassungsgegenentwurf auszuarbeiten. Die Bittschrift, die im «Tagblatt der Verhandlungen des Verfassungsrates» veröffentlicht wurde,²⁴² enthielt die Unterschriften von 11 Bürgern und 31 Hintersässen. Allgemein waren es vorwiegend «kleine Leute», und nur von der burgerlichen Familie König unterschrieben gleich drei Mitglieder, die möglichen Initianten der Petition. Diese «mehreren Könige» zogen sich denn auch den Haß der Liberalen zu.²⁴³ Der Wunsch der Bittsteller sollte übrigens in Erfüllung gehen. Am 24. Juni reichte das Patriziat dem Verfassungsrat einen Gegenentwurf zur Verfassung ein, der jedoch wenig Anklang fand.²⁴⁴

Dem Patriziat gelang es nicht, zahlreiche Bürger für seine gegen die Verfassung gerichteten Aktionen zu gewinnen. Als am 25. und 28. Juli, nur wenige Tage vor der Verfassungsabstimmung, in der «Allgemeinen Schweizerzeitung» eine Erklärung erschien,²⁴⁵ in welcher 138 Bewohner der Hauptstadt sich gegen das neue Verfassungswerk aussprachen, befanden sich darunter neben 122 patrizischen bloß 14 burgerliche Unterschriften,²⁴⁶ und die überwiegende Mehrheit der burgerlichen Kreise fand die Tatsache, daß überhaupt Bürger unterschrieben hatten, «ridicule».²⁴⁷ So konnte das patrizische Lager nicht von sich behaupten, einen großen Rückhalt in der Burgerschaft zu besitzen.

Selbst gemäßigte burgerliche Kreise erkannten nämlich, daß dem Staat mit einer sturen Haltung gegen die neue Verfassung, mit «Ortsgeist und Sackpatriotismus»²⁴⁸ nicht gedient war. Mochte das Werk auch viele Mängel aufweisen und die Stadt Bern arg enttäuscht haben, so war doch seine Annahme immer noch verheißungsvoller als die Beibehaltung der bisherigen Zustände. So vereinten sich Liberale und Bürger in der Propaganda für die neue Verfassung.

Im «Berner Volksfreund» erschienen mehrere burgerliche Zuschriften, die sich für eine Annahme der Verfassung aussprachen. Der 82jährige Altliberale Fürsprecher Ludwig Bay²⁴⁹ tat dies vornehmlich aus zwei Gründen: Erstens, weil die Verfassung die persönliche gesetzliche Freiheit und Ehre des Bürgers gegen jede willkürliche Beherrschung und übermütige Kränkung sichere, und zweitens, weil durch die Annahme dem leidenschaftlichen politischen Fieber ein Ziel gesetzt werde.²⁵⁰ Ein anderer Bürger wies auf die unerfreuliche Situation unter

dem bisherigen Regime hin, indem er schrieb: «Verwirf (die Verfassung), wenn du geistig bevogtet deinen Mund willst geschlossen haben; nichts lesen, nichts schreiben darfst ohne Erlaubnis des väterlichen Censors . . . Verwirf sie, wenn du zur Wahl deiner Vertreter nichts zu sagen, keine Rechenschaft über die von dir gezahlten Abgaben fordern, keinen Antheil an den Verhandlungen der obersten Behörden nehmen magst. Verwirf sie, wenn du den Kanton Bern als eine einsame Insel, in einem Meere von constitutionellen Staaten sehen willst.»²⁵¹

Auch in der «Berner Zeitung», dem eben gegründeten Blatt der gemäßigten Bürger,²⁵² erschienen Artikel, die die Verfassung zur Annahme empfahlen. Wohl habe das Werk viele Mängel, doch sei es rechtmäßig und gesetzlich entstanden. Überhaupt komme es in erster Linie gar nicht auf die Verfassung an. Viel wichtiger als diese werde sein, daß die «Wahlen des Regenten und seiner Beamten gut sind». Eine Verwerfung würde nichts eintragen, bloß den Zustand «der Zerstörung, der Auflösung jeder bürgerlichen Ordnung» und den Ausbruch eines Bürgerkrieges fördern.²⁵³

Daneben gab es aber auch einige Bürger, wie zum Beispiel den Wechselsensal Samuel Rudolf Walthard (1771—1855), welche die neue Verfassung mit Freuden begrüßten und fanden, sie sei die beste von allen regenerierten Verfassungen der Schweiz.²⁵⁴ Obwohl selber Bernburger, waren sie der Meinung, «qu'il est tout naturel que la masse ne veuille pas être gouvernée par la caste privilégiée d'une seule ville»,²⁵⁵ und die Verfassung, die jedem Bürger des ganzen Kantons die gleichen Rechte gab, wurde deshalb voll und ganz unterstützt,²⁵⁷ denn «il faut toujours marcher avec le siècle».²⁵⁶

So billigten einige Bürger das Verfassungswerk aus innerster Überzeugung, während die bürgerliche Mehrheit aus Angst vor Chaos und Bürgerkrieg sowie wegen der unüberwindlichen Unzufriedenheit mit dem bisherigen Regime die Verfassungsannahme — allerdings lustlos — befürwortete, so daß die ablehnenden Stimmen der Burgerschaft in der Minderheit blieben.

c) Die Verfassungsabstimmung

Der 31. Juli wurde zum Abstimmungstag über die Verfassung bestimmt. Die Liberalen, ihres Sieges ungewiß, hatten im Verfassungsrat vorgeschlagen, die Nichtstimmenden als Annehmende zu zählen,²⁵⁸ waren damit jedoch nicht durchgedrungen. So forderten sie denn als Alternative eine öffentliche Abstimmung,²⁵⁹ wohl wissend, daß sich dadurch die Möglichkeit bot, die Abstimmung in die gewünschte Bahn zu lenken und die Leute zu beeinflussen, die Verfassung entweder anzunehmen oder der Abstimmung fernzubleiben. Dieser Antrag fand im Verfassungsrat die nötige Mehrheit.

Die Abstimmung in Bern, die in den drei Kirchen der Stadt abgehalten wurde,²⁶⁰ ging unter den Augen des Patriziates vor sich. Es beobachtete den Verlauf genau, beglückwünschte die Verwerfenden und notierte sich demonstrativ die Namen der Annehmenden,²⁶¹ womit es ihm gelang, die Stimmenden einzu-

schüchtern. Hier konnte also ebensowenig als auf dem Land, wo die Liberalen das Abstimmungsgeschäft kontrollierten, von einer wirklich freien Abstimmung gesprochen werden.

Die Verfassung wurde im Kanton Bern mit 27 802 gegen 2153 Stimmen angenommen, in der Stadt Bern jedoch mit 338 zu 287 Stimmen verworfen. Von den drei Gemeinden Berns nahm einzig die obere an, während die beiden anderen, in denen der größte Teil des Patriziates wohnte,²⁶² das Verfassungswerk ablehnten.

Wenn man bedenkt, daß die Stadt Bern etwa 2800 Stimmfähige zählte und daß das Patriziat und seine Gesinnungsgenossen praktisch geschlossen zur Urne gingen, so scheint die Zahl der total abgegebenen Stimmen von 625 oder 29 0/0 aller Stimmberechtigten gering zu sein. Die Stadt Bern bildete jedoch in der relativ schwachen Stimmbeteiligung keine Ausnahme. Auch im gesamten Kanton gingen nur etwa ein Drittel der Stimmberechtigten zur Urne.²⁶³ Daß auf dem Land so viele Männer der Abstimmung fernblieben, verwundert nicht. Hier waren eine große Zahl von Leuten politisch uninteressiert und wohl auch mit den bisherigen Verhältnissen zufrieden. In der Stadt Bern jedoch, wo wir gesehen haben, daß der überwiegende Teil der Burgerschaft einer Staatsreform gewogen war, wären eine höhere Stimmbeteiligung und vor allem mehr annehmende Stimmen zu erwarten gewesen.

Daß sie ausblieben, hatte seinen Grund vor allem in den Einschüchterungspraktiken des Patriziates. Eine Reihe von Reformfreunden verließen aus «Furcht vor Ungnade der gnädigen Herren»²⁶⁴ schon vor der Abstimmung die Kirchen²⁶⁵ oder blieben ganz zu Hause, und viele der neuen Verfassung gewogene Hinterassen gingen in ihre Heimatgemeinden, um dort ungestört ihre Ja-Stimme abgeben zu können. Dies und die Tatsache, daß die Angehörigen des Mattequartieres, unter denen sich viele dem Patriziat ergebene Leute befanden, wohl unter dessen Einfluß besonders zahlreich zur Urne gingen, führte dazu, daß die verworfenden Stimmen in der Stadt das Übergewicht erhielten. Von der Burgerschaft verwarfen nur wenige die Verfassung, unter ihnen fast alle stimmfähigen Mitglieder der Familie König.²⁶⁶

5. Das «Juste Milieu» als städtisch-bürgerliche Partei

Die gemäßigten bürgerlichen Kreise hatten durch den unglücklichen Austritt dreier ihrer Mitglieder aus der Verfassungskommission den innegehabten Einfluß zum großen Teil verloren,²⁶⁷ und sie mußten zusehen, wie die Schnell und ihr Anhang immer mehr das Geschehen bestimmten, wobei es auf der politischen Bühne zu einer zunehmenden Polarisierung der Kräfte kam. Es galt daher, diesen schwindenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu stärken. Die gemäßigten Bürger schlossen sich unter der Leitung Karl Kochs enger zusammen und bildeten so bald eine eigene Partei der Mitte,²⁶⁸ das sogenannte «Juste Milieu».

Am 16. Juli, also kurz vor der Volksabstimmung über die Verfassung, erschien zum erstenmal ein von dieser Mittelpartei gegründetes Blatt, die «Berner Zeitung», deren Redaktion in den Händen von sieben städtischen, zumeist sehr angesehenen Bürgern lag.²⁶⁹ In einem Einführungsartikel wurde ein Bild der Aufgabe, die sich das Juste Milieu gestellt hatte, gezeichnet. Die Redaktoren wiesen auf den heftigen Parteikampf hin, der alle, «die eine friedliche Ausglei- chung und Vereinigung wünschen»,²⁷⁰ mit Sorge erfülle. Um die politische Krise ohne Unglück zu überwinden, gelte es, «die allmähliche Entkräftung beider einander gegenüberstehenden Parteien (Ultra und Schnell) durch schnelles Anwachsen der Gemäßigten»²⁷¹ zu bewirken. Man müsse «aller Leidenschaftlichkeit, aller Unlauterkeit, allem Einseitigen und Übertriebenen entgegenarbeiten, Versöhnung zu bewirken trachten», um so «auf dem Wege möglicher Vereinigung die neue gesellschaftliche Ordnung gründen zu helfen».²⁷²

Die Angehörigen des Juste Milieu, von echter Sorge um das Wohl des Landes erfüllt, wünschten also einen friedlichen Ausgleich zwischen den Extremen. Aus liberalstädtischen Burgern und gemäßigten Patriziern²⁷³ sollte eine dritte Kraft aufgebaut werden, «welche weder das Bestehende allein halten, noch das Neue ohne weiters ins Leben bringen will, die aber eine zeitgemäße, dem Kulturstande des Volkes angemessene, organische und allmähliche Entwicklung des Staatslebens anstrebt».²⁷⁴

Daß dieses Unterfangen bei allem guten Willen in der Praxis ziemlich erfolglos bleiben mußte, entging den Parteigängern der «goldenen Mitte». Sie erkannten nicht, daß der politische Kampf, von dessen häßlichen Formen sie abgestoßen wurden, für die Ausbildung des neuen Staates notwendig war und daß ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen aristokratischer und demokratischer Staatsauffassung bestand, der nur in kämpferischer Form seinen Austrag finden konnte. Politische Parteien waren nötig und nicht zu umgehen, ihre Versöhnung ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Haltung des Juste Milieu den sich bekämpfenden Parteien gegenüber trug ihm in keinem der beiden Lager Sympathien ein. Wohl gewann es einige gemäßigte Patrizier für sich, doch seine Ablehnung der alten Aristokratie führte dazu, daß der überwiegende Teil des Patriziates sich ihm nicht anschloß und mit ihm in Feindschaft lebte, während seine Abneigung gegen die Demokratie und die zur Erlangung der Volksherrschaft angewandten Mittel ihm den Haß der Liberalen eintrug. Besonders Karl Schnell sprach verächtlich vom «triste milieu»,²⁷⁵ und im «Berner Volksfreund» wurde mit Angriffen auf die Mittelpartei, diese «Pöstliaristokraten, Aristokraten der Erziehung, des Geldes und des burgerlichen Zusammenhaltens»²⁷⁶ nicht gespart.

So, von links und von rechts bekämpft und ohne genügend großen Anhang im Volk, gelang es dem Juste Milieu nur selten, den Gang der politischen Geschehnisse zu beeinflussen. Es kam in der Regeneration vielmehr zwischen Hammer und Amboß und wurde in eine ziemlich haltlose Rolle gedrängt, die insofern keine große Bedeutung erlangen konnte, als die Liberalen zu fest im Sattel

saßen. Erst, als ein gemeinsamer Feind, die Nationalen oder Radikalen, groß wurde, fanden sich Liberale und Juste Milieu im gemeinsamen Abwehrkampf.

6. Die Bürger im Großen Rat²⁷⁷

Am 25. August 1831 fand der erste Wahlgang in den Großen Rat statt, im September wurden Ergänzungswahlen durchgeführt,²⁷⁸ und zu Beginn des Monats Oktober wählte der neu konstituierte Rat die durch Selbstergänzung zu bestellenden Mitglieder.

Die verschiedenen Wahlgänge ermöglichten 48 Bürgern den Eintritt in die Behörde, von denen 4 die Wahl ausschlugen, so daß schließlich 44 Sitze oder 18 % des Großen Rates mit Bürgern besetzt waren. Zusammen mit 18 gewählten Patriziern²⁷⁹ hatte die Stadt Bern etwa 25 % aller Sitze inne.

Viele der gewählten Bürger waren identisch mit den Leuten, die sich schon in der Umwälzung hervorgetan hatten, und im Großen Rat finden sich demnach auch die führenden Kräfte der Staatsreform wieder. Nur wenige Bürger nahmen die Wahl nicht an, sei es aus «Vorliebe zu Verborgenheit und Ruhe»²⁸⁰ oder wegen des «Bewußtseins geringer Fähigkeiten».²⁸¹ Die bloß vereinzelt ausgeschlagenen zeigen, daß sich selbst die gemäßigten Kreise dem Rat zur Verfügung stellten, und der überwiegende Teil der Bürger war bereit, im neuen Staat mitzuwirken.

Das Durchschnittsalter der bürgerlichen Großräte betrug bei ihrem Amtsantritt 43 Jahre. Daraus ersehen wir deutlich, daß die Staatsumwälzung von 1830/31 nicht in erster Linie durch jugendliche Leute durchgeführt wurde, sondern vielmehr durch Männer im besten Alter, die zum großen Teil den Fall des alten Bern als Kinder noch erlebt hatten und zur Zeit der Mediation bereits zu den Erwachsenen gezählt werden konnten. Die Staatsumwälzung war nicht die Folge jugendlichen Überschwangs, sondern die Frucht reiflicher Überlegung erfahrener Männer.

Interessant ist ein Blick auf die Berufe der bürgerlichen Großräte: Von den 44 Gewählten hatten 21 eine Hochschule besucht, und 12 davon waren Juristen. Daneben zählte man 17 Handelsleute und Industrielle, 2 nichtakademische Staatsangestellte, 2 Handwerkermeister und 2 Landwirte, 24 der gewählten Bürger standen nachweisbar im Offiziersrang eines Hauptmanns oder eines höheren Grades.

Es war also vor allem die bürgerliche Oberschicht, die in der Staatsumwälzung hervorgetreten war und nun auch in der neuen Behörde saß. Handwerker und Angestellte finden sich fast keine, während der Akademikerstand und die begüterte Handelsschicht dominieren, so daß im Großen Rat die bürgerliche Elite der Bildung und des Geldes versammelt war.

Die politische Begabung der Bürger war sehr unterschiedlich. Neun der bürgerlichen Männer hatten bereits vor 1831 im Großen Rat gesessen und brachten

somit eine gewisse parlamentarische Erfahrung mit, andere mußten erst noch lernen sich auszudrücken, und wieder andere trachteten danach, dasjenige, was ihnen «an Kenntnissen, Geschicklichkeit und Erfahrung» abging, zu ersetzen durch «wahrhafte Vaterlandsliebe, Eifer und Bereitwilligkeit zum Mitwirken». ²⁸² In eine führende Stellung kamen bloß neun Burger, nämlich Karl Koch, Lehenkommissär Wyss, die Juristen Karl Bitzios, David und Bernhard Hermann und Gottlieb Wyss, Oberförster Karl Kasthofer, Anton Simon und Bernhard Rudolf Fetscherin. Eine Reihe der burgerlichen Großräte ragten nicht besonders hervor, und einige hielten sich in den Verhandlungen des Rates so zurück, daß es nicht gelang, sich ein genaues Bild von ihren Ideen und ihrer politischen Parteizugehörigkeit zu machen.

Karl Koch wurde im Rat bald zum Führer des burgerlich-patrizischen Juste Milieu, um ihn scharten sich die Mehrzahl der Burger sowie mehrere gemäßigte Patrizier. Doch ebensowenig wie auf der allgemeinen politischen Bühne gelang es der Mittelpartei, im Großen Rat einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Gewann sie auch im Lauf der Zeit an Anhängern, so blieben doch trotzdem die Schnell die Beherrscher des Rates, und die Gruppe des Juste Milieu war zu schwach, um mit ihren Ideen durchzudringen. Immerhin gelang es ihr, durch ihre Präsenz und durch ihre stetige Opposition die Schnell und ihr Konzept zu stören, und sie bildete so für die Liberalen einen ständigen Hemmschuh. Gerade darin sah das Juste Milieu seine Aufgabe, es wollte einer Politik, die in seinen Augen aus Willkür und Gewalttätigkeit bestand, möglichst viele Hindernisse in den Weg legen.

Dementsprechend sah sich die Mittelpartei pausenlosen Angriffen der Schnell-Partei ausgesetzt. Diese gingen so weit, daß die Ratsmitglieder des Juste Milieu «fortwährend in ihren Reden durch Pfeifen gestört wurden», ²⁸³ was einige Parteigänger der Mittelpartei dazu bewog, ihren Austritt aus der Ratsbehörde zu nehmen. Durch den Verzicht dieser Burger, weiterhin im Großen Rat mitzuwirken, und durch das für die Burger schlechte Wahljahr von 1837 ging die Zahl der burgerlichen Großräte in der Regeneration ständig zurück. Nach 1831 wurden nur noch vereinzelt neue Burger in den Rat gewählt, und 1834 saßen noch 31, 1838 bloß noch 17 Burger in der obersten Behörde, so daß von einem nennenswerten burgerlichen Einfluß kaum mehr gesprochen werden konnte.

Die politische Einigkeit der Burger, in der Umwälzung noch augenfällig, zerfiel in der Regeneration zum Teil. Während sich um Koch die Mehrheit der burgerlichen Männer scharten, unterstützten einige burgerliche Ratsherren, wie zum Beispiel Werkmeister Karl Friedrich Wäber und Karl Emanuel Niklaus Risold, die Politik der Schnell, und wieder andere, wie zum Beispiel der ehemals gemäßigte Karl Kasthofer und Bernhard Rudolf Fetscherin, gingen in das Lager der Radikalen über, so daß die Burger nicht mehr als einheitlicher Block dastanden.

Alles in allem hatten die führenden Burger von 1831 in ihrer Befürchtung, daß die Burgerschaft unter der neuen Verfassung keinen entscheidenden Einfluß

werde ausüben können, recht behalten. Mit Hilfe des Paragraphen 43 des Verfassungswerks war es dem Land gelungen, eine beherrschende Stellung der städtischen Bevölkerung Berns im neuen Staat zu verhindern, und im Großen Rat vermochte die Bürgerschaft keine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

IV. Schluß

Die bernische Bürgerschaft nahm aktiven Anteil an der Staatsumwälzung von 1830/31. Ihre unerfreuliche Situation unter dem Regiment der Restauration, ihre politische Ohnmacht, die daraus resultierende Unzufriedenheit und die Verständnislosigkeit der Regierung den burgerlichen Klagen gegenüber, führten die Bürgerschaft den Gegnern des patrizischen Systems zu. Als in den Munizipalstädten die liberale Bewegung groß wurde, schlossen die Bürger sich ihr willig an.

Die Eintracht zwischen burgerlicher Stadtbevölkerung und liberaler Landschaft konnte jedoch nicht von langer Dauer sein, da die Vorstellungen, die man sich von den neuen Verhältnissen machte, nicht übereinstimmten. Wohl wünschten beide Lager die Beseitigung der Geburtsaristokratie, doch während die Führer des Landes, die Schnell, mit allen Mitteln, selbst auf revolutionärem Wege, den liberalen Staat herbeiführen wollten, gingen die Bürger in ihren Forderungen viel weniger weit. Sie wünschten nicht eine grundsätzliche Neukonzeption des Staates, sondern ihr Hauptanliegen war, an Stelle der alten Geburtsaristokratie eine neue Aristokratie der Bildung einzurichten, in welcher sie eine Schlüsselposition einzunehmen gedachten. In einer bloßen Reform wünschten sie ihre politische Unmündigkeit abzustreifen und als neue Elite zusammen mit dem reformfreudigen Teil des Patriziats und mit der Oberschicht der Landstädte die Leitung des Staates zu übernehmen, in welchem der Hauptstadt nach wie vor eine privilegierte Stellung zugedacht wurde.

Das Land erfocht dank der Führung der Schnell, denen die Bürger keine gleichwertigen Volksmänner gegenüberzustellen vermochten, bald den Sieg über die Bürgerschaft; die Revolution triumphierte über die Reform, und durch die Radikalisierung der liberalen Bewegung war die gemäßigte burgerliche Vorstellung vom neuen Staat bald überholt.

So wurde die Bürgerschaft in eine Rolle gedrängt, die nicht eben glücklich sein konnte, da die burgerlichen Ideen weder in den entscheidenden Kreisen des Patriziats noch in der Landschaft Anhänger fanden, und der burgerliche Einfluß schwand zusehends.

Dem Patriziat verbot die Standeslosung, sich der liberalen Bewegung zu öffnen. Hätte es sich zur Mitarbeit beim Bau eines neuen Staates durchringen können und sich mit den Bürgern verbunden, so hätte die Umwälzung von 1830/31 wahrscheinlich eine andere Wendung genommen, und eine Revolution hätte möglicherweise verhindert werden können. So aber waren die Bürger zu wenig

stark, um mit ihren gemäßigten Ideen durchzudringen, und sie bildeten eine schwache Mittelgruppe, über die die politische Entwicklung hinwegrollte.

Als die Herrschaft der Liberalen der Landschaft zur Tatsache wurde, trugen die Bürger dieser Situation Rechnung und sahen nun ihre Aufgabe vor allem in der Vermittlung, im Ausgleich zwischen den Extremen zur Rechten und zur Linken und bildeten so einen Pol der Besonnenheit im politischen Kampfgeschehen. Doch ihr Bemühen mußte an der Unversöhnlichkeit der Gegner scheitern, und auch in dieser Hinsicht spielten die Bürger eine nicht eben erfolgreiche Rolle.

Immerhin können die Bürger sich rühmen, einige fähige Männer wie Karl Koch, Abraham Rudolf Wyss, Franz Samuel Hahn, Karl Kasthofer und andere mehr zur Politik jener Zeit beigesteuert zu haben, deren persönlicher Einfluß bis weit in die Regeneration hineinstrahlte.

Daß die Bürger in der Umwälzung in ihrer gemäßigten Haltung dem Land unterlagen und auch ihre vermittelnde Rolle die politische Entwicklung nicht entscheidend beeinflussen konnte, war ihre Tragik, daß sie sich trotzdem dem neuen Staat zur Verfügung stellten, ihr Verdienst.

Anhang I: ²⁸⁴

Die Geschlechter der nichtpatrizischen Bürgerschaft im Jahre 1830: ²⁸⁵

a) Vor 1798 aufgenommen

Bachmann (1440–1638, Sm/Mo), Baumann (E. 1584–B. 1704, P/Z), Bay (1554–1684, P/Sm), Bellmund (1625, Z), Benteli (1638, Sm/Z/Me), Berchtold (1629, Mo), Bickhardt (etwa 1400–1650, P), Bigler (1630, Sm), Bitzcius (1554, Me/O), Blau (E. 1653–B. 1790, Me), Blauner (1575, W), Bogdan (1659, Me/Z), Brugger (1591, W/Su), Brunner I (ein Zweig, 1441, Z), Cerjat (1793, P), Dachs (E. 1609–B. 1791, Si), Desgouttes (E. 1643–B. 1790, K), Dick (1480–1581, Sm/A), Dietzi (1622, P), Dittlinger (etwa 1430–1555, Sm), Diwi (1573, A/Su), Dübi (1591–1657, O), Dufresne (1624, P/Z), Dulliker (1592, Su), Dünki (1582, Mo/Sm/Me), Düntz (E. 1733–B. 1791, Sm/Mo), Durheim (E. 1628–B. 1793, P), Eyen (1643, P/Z), Fasnacht (1622, Sm), Fetscherin (1573, Su/Mo), Feuerstein (1592, Sm/P), Flügel (1625, P/O/Mo), Frank (1636, P), Freudenberger (1644, P/Su), Fueter (1528, P), Furer (E. 1616–B. 1651, K), Ganting (1577, Su/Z), Gaudard (1619, Me/K), Gerber I (E. 1643–B. 1719, Sm), Gerwer (1395–1577, Su/O), Graf (1626, Mi), von Greyerz (1260–1539, W), Gruber (ein Zweig, 1530, Sm), Gruner (drei Zweige, 1264–1591, O/Su/Me), Güder (1627, Sm), Haag (E. 1654–B. 1791, Sm), Hahn (1538, P/Sm/Me), Haller (ein Zweig, 1548, O), Harder (1547, Me), Hartmann (1632, A/Sm), Häusler (B. 1609–E. 1711, Mo), Hebler (1578, A), Heintz (E. 1643–B. 1791, A), Hemmann I (1632, P/Mo/Z), Henzi (1505–1540, O/P/Mo), Hermann I (1423–1586 K), Hermann II (1586, Sm/A), Hug (1606, Sm), Jäger